

Hintergründe der Düngemittelkrise

von Martin Peter Houscht

Der Einsatz von Düngemitteln hat auch in der Landwirtschaft Bangladeshs zunehmende Bedeutung erlangt. Rund 110 Kilo Düngemittel wurden zu Beginn der neunziger Jahren pro Hektar aufgebracht (1980 waren es 44 Kilo) und haben Bangladesh eine diesbezügliche Spitzenposition unter den Ländern der Dritten Welt verschafft. Ohne den Zusatz der "magic chemicals" reduzieren sich die Erträge dramatisch, wird Bangladesh das Ziel, aus eigener Kraft die Nahrungsmittelversorgung seiner Bevölkerung sicherzustellen, nicht erreichen können. Die jetzt anstehende Ernte des Winterreis' ("Boro") führt die Düngemittelabhängigkeit des Landes drastisch vor Augen. Experten schätzen einen Ertragseinbruch in Höhe von einer Million Tonnen beziehungsweise 15 Prozent des Vorjahresergebnisses. Die Ursache: Ein Düngerzuweisungs- und -verteilungsskandal im ersten Halbjahr 1995, an dem Düngemittelfabriken, Händler und Politiker beteiligt waren und der ein Dutzend aufgebrauchten Bauern das Leben kostete.

Die sechs staatlichen Düngemittelfirmen in Bangladesh produzieren etwa 25 Prozent mehr Dünger als im Land selbst verbraucht wird. Dennoch stiegen bereits im Oktober vergangenen Jahres die Preise für Düngemittel ("urea") stark an. Der Journalist K.M. Subhan analysiert die Situation: "There is no shortage of rice in the country. It is just in the hoarders godowns. Most of the imported rice also goes to these safe godowns." In den "godowns" bzw. Getreidelagern, die oft politisch einflußreichen Persönlichkeiten gehören, verblieb es jedoch nicht lange - im indischen Westbengalen lag der Preis für Düngemittel im ersten Quartal 1995 um 60 Prozent höher als in Bangladesh.

Die Düngemittelverteilung zwischen Theorie und Praxis

Nachdem die staatliche 'Bangladesh Agricultural Development Corporation' (BADC) von 1961 bis 1990 die Verteilung des Düngers übernommen hatte, wurde diese Aufgabe im Rahmen der offenen Marktpolitik und auf Druck der Weltbank in private Hände gelegt. Dies sollte zu einer schnellen Verteilung und zu annehmbaren Preisen für die Bauern führen. Die BADC hatte jedoch über ein landesweites Verteilungsnetz verfügt, während im privatisierten System die Monopolstellung einzelner Geschäftsleute dazu führte, daß nur an bestimmten Stellen die Verteilung vorgenommen werden konnte. Auch der zweite angepriesene Vorteil der Privatisierung schlug in das Gegenteil um: Wildes Spekulantentum führte zu einer künstlichen Verknappung und in der Folge zu Preiserhöhungen.

Spekulationsgewinne sind "eigentlich" unzulässig. Die Regierung hat als Produzent des Düngers das Recht, die Preise an den verschiedenen Stellen des Vermarktungssystems festzulegen. Sie verfügt jedoch über keinen Mechanismus, diesen Preis bis zum Verbraucher hin sicherzustellen. So lag der diesjährige Preis, den Händler der Fabrik zahlen mußten, bei 186 Taka (6,60 DM) pro Zentner, der Einzelhandelspreis bei 230 Taka. Tatsächlich mußten viele Bauern 400 bis 450 Taka bezahlen.

Nicht jeder, der möchte, kann Händler werden. Nachdem das Scheitern der Privatisierung offenkundig wurde, beauf-

tragte die Regierung im Januar die "District Commissioners" (DCs), die höchsten Verwaltungsbeamten auf Bezirksebene, mit der Koordinierung der Düngemittelverteilung. Die Ausführung oblag den von den DCs ausgewählten Händlern. Dies führte indes offensichtlich zu einigen Ungereimtheiten bzw. Betrügereien. Persönliche und politische Beziehungen, nicht so sehr die angeordnete Verlässlichkeit des Händlers, entschieden über die Düngemittelzuweisungen. Befreundete Händler erhielten mehr als ihnen zustand und schmuggelten den Dünger nach Indien.

Auch kamen Deals zwischen Händlern und den Düngemittelfabriken auf Kosten anderer Händler und der Bauern zustande. Einem Teil der Belegschaft der 'Ghorashal Urea Fertiliser' Fabrik wird der Vorwurf der Korruption gemacht. Diese verweist auf die fehlenden Anordnungen der Regierung hinsichtlich der Düngemittelverteilung. Daher heißt das Motto hier: "first come first serve". Das fehlende Monitoring der Düngemittelverteilung verhindert auch eine Einschätzung des tatsächlichen Bedarfs. Dieses ist zwar von der Regierung angeordnet worden, doch fehlen der BADC die Mittel, um es zu gewährleisten. Die 'Bangladesh Chemical Industries Corporation' sieht ihre Aufgabe nicht in der Kontrolle des Verteilungsprozesses, sondern im Verkauf am Fabrikator, wo jedoch nachweislich auch Mißstände auftraten.

Angeheizt wurde der Schmuggel durch die Entscheidung der Regierung, den Verkaufspreis für Dünger relativ niedrig anzusetzen. Dies zu einem Zeitpunkt, wo auf dem Weltmarkt das Preisniveau stieg. Konsequenz: Die Zahl der politisch protegierten "Händler" schoß nach oben. Als Alternative zum Schmuggel bot sich der Weiterverlauf der Quote an andere Händler an, die auf dem Schwarzmarkt horrenden Summen für den Dünger verlangten. Nach offizieller Lesart wollte man den Bauern mit der Preisenkung für Dünger helfen. Da man jedoch nicht die Weitergabe des Düngers zum festgesetzten Preis kontrollieren konnte (oder wollte?), war die Katastrophe vorprogrammiert.

Überall im Lande kam es zu Protesten der Bauern, die entweder keinen Dünger erhielten oder zu einem kaum bezahlba-

ren Preis. Proteste, Kundgebungen, aber auch Plünderungen folgten. Der Dünger hätte bis Ende März auf den Felder sein müssen; viele Bauern verschulden sich, um den Anbau von Reis finanzieren zu können. Sie verpflichten sich oft zur Abgabe einer bestimmten Menge an Reis zu einem bestimmten Preis ("loan against standing crop"). Bleiben die Erträge aus, so hat das mögliche langfristige Folgen - Landverlust oder Fronarbeit bis in die nächste und/oder übernächste Reissaison sind nur zwei Beispiele.

Wer trägt die Schuld?

Der regierenden 'Bangladesh Nationalist Party' (BNP) hat die Düngemittel-

krise vor dem Hintergrund der spätestens im Februar 1996 abzuhaltenden Wahl nicht gut getan. Obwohl sie die Opposition und deren, die Verteilung der Güter angeblich erschwerende Serie an Generalstreiks verantwortlich zu machen versucht, sehen weite Kreise der Bevölkerung in der BNP den Schuldigen.

Den Part des Sündenbocks mußte der Industrieminister Zahiruddin Khan übernehmen, der die "moralische Verantwortung" übernahm. Nach Ansicht selbst einiger BNP Abgeordneter müßte auch der Landwirtschaftsminister seinen Hut nehmen, weil er es versäumte, die Preisentwicklung wie auch die Verteilung des Düngers zu beobachten.

Angeichts der Tatsache, daß die tägliche Düngemittelproduktion - 6.000 bis

7.000 Tonnen - sowie der landesweite Bedarf und Export bekannt sind, kann die Krise nicht durch letzteren herrühren. Ökonomen kritisieren jedoch die fehlende Bildung von Rücklagen für den Notfall. Daß diese indes eingedenk der Rahmenbedingungen auch Opfer des inoffiziellen Exports bzw. Schmuggels würden, scheint klar zu sein. Für die Bauern ist die den Schmuggel erleichternde Verteilungspraxis der entscheidende Faktor.

Dennoch ist im April eine richterliche Untersuchungskommission unter dem Richter des Obersten Gerichtshofes, Badrul Islam Choudhury, eingerichtet worden, deren Zweck es ist, Licht ins vermeintlich Dunkle zu bringen. Obwohl eine Initiative der Regierung, scheint die BNP (aus gutem Grund) wenig Lust zu verspüren, die Ergebnisse der Kommission präsentiert zu bekommen. Ursprünglich auf einen Monat angelegt, wurde auch zwei Wochen nach dem offiziellen Arbeitsbeginn noch nicht nach den Ursachen für die Krise und den Verantwortlichen geforscht. Es stellte sich heraus, daß selbst ein Telefon sowie Möbel im Arbeitszimmers des Richters fehlten. Politisch motivierte Verzögerungstaktik oder nur ein Beispiel für die oft unerträgliche Langsamkeit des Politik- und Verwaltungsapparates? Nun ist die Arbeit aufgenommen worden. Die Kommission versucht, Engpässe und Fehler in den Bereichen Produktion, Lagerhaltung, Angebot, Verteilung und Vermarktung von Düngemitteln festzustellen. Diskussionen mit den Beschäftigten und Geschäftsführern der sechs Düngemittelfabriken des Landes, Bauern, Angehörige der Lokalverwaltungen sowie Parlamentariern stehen auf der Agenda - Ergebnisse stehen noch aus.



Für viele werden die Töpfe leer bleiben (Foto: Walter Keller)